

TAGESPOLITIK - KOMMENTARE - AUSLANDSBERICHTE

P/XXI/73

Bonn, den 18. April 1966

Wir veröffentlichen in dieser Ausgabe:

<u>Seite</u>		<u>Zeilen</u>
1	<u>Nicht zerreden:</u>	51

Zum Echo des zweiten offenen Antwortschreibens der SPD an die SED

2 - 4	<u>Finanznot der Gemeinden - Finanzreform</u>	143
-------	---	-----

Beitrag zur wirtschaftlichen Stabilisierung

Von Oberbürgermeister Professor Dr. Brundert, Frankfurt

5	<u>Der Diener seines Herrn</u>	34
---	--------------------------------	----

Die Junge Union und der Kanzler

6	<u>Das Haus von der Stange</u>	33
---	--------------------------------	----

Fertigbau gewinnt an Boden

+ * +

Nicht zerreden

Zum Echo des zweiten offenen Antwortschreibens der SPD an die SED

sp - Die deutschen Sozialdemokraten ließen sich nicht vom Wunschenken und von trügerischen Hoffnungen leiten, als sie das zweite offene Antwortschreiben an die SED richteten, darin ihre im ersten Schreiben gestellten präzisen Fragen wiederholten, sie ausweiteten und mit neuen Akzenten versahen. Das ungewöhnlich große Echo, das auch das zweite Antwortschreiben in der deutschen Öffentlichkeit fand, ist ermutigend und kann als Beweis für die Aufgeschlossenheit in unserer Volksseele gelten, selbsterrichtete Mauern von Tabus zu durchstoßen und der Deutschlandpolitik, sofern sie von deutscher Seite mitgestaltet werden kann, zukunftsweisende Impulse zu geben und das Terrain für ein an den Notwendigkeiten sich orientierendes Handeln zu erschließen. Die Sozialdemokratie konzentriert sich von der Position der Bundesrepublik aus, die schon seit einem halben Jahrzehnt einer Überprüfung und Orientierung bedarf.

Die SED hat ihre Antwort auf Ende April verschoben, und es sollte ihr keine billige Genugtuung gegeben werden, sich von dieser Antwort zu drücken. Vielleicht erwartet sie sich einiges, was sie zu Buche schlagen kann, aus einem möglichen innerdeutschen Parteienstreit. Sie sollte ihre Hoffnungen nicht allzu hoch schrauben.

Das erste Schreiben der SPD stieß auf die Zustimmung aller im Bundestag vertretenen Parteien, das zweite löste bei einigen Unionspolitikern Bedenken und Vorbehalte aus, wobei man sich nicht des Eindrucks erwehren kann, diese Unionspolitiker und die sie interpretierenden Kommentatoren bewegen sich auf einem unsicheren und schwankenden Boden und sind sich dessen auch bewußt. Es hat keinen Sinn und es nützt nur der anderen Seite, wenn nun in der Bundesrepublik das Bemühen der Sozialdemokratie, die SED direkt zu stellen und die Herausforderung anzunehmen, zerredet werden sollte. Diese Gefahr scheint nicht groß zu sein, aber sie ist gegeben.

In dieser Auseinandersetzung um die Kernfragen deutscher Politik gibt es eine klar umrissene Plattform, sind die Ziele abgesteckt. Man kann der SPD nicht vorwerfen - wie es hier und da geschah -, sie habe die Grundlagen der bisherigen Deutschlandpolitik aufgegeben und einen Alleingang unternommen. Es würde der deutschen Sache nicht guttun, würde ein solcher Vorwurf das am 21. April stattfindende Gespräch zwischen den Parteien über eine gemeinsame Deutschlandpolitik belasten. Die Situation, wie wir sie heute haben, erfordert ein Höchstmaß von nationaler Einigkeit und parteipolitischer Disziplin, sie erfordert aber auch den Mut, illusionsfrei angesichts der Weltlage die Position der Bundesrepublik neu zu überdenken, das zu tun, was mit der Bezeichnung Bestandsaufnahme in den allgemeinen Sprachgebrauch eingegangen ist.

Es ist ja nicht Schuld der Sozialdemokratie, wenn die Bundesregierung noch nicht jene Deutschlandpolitik gefunden hat, die den veränderten weltpolitischen Verhältnissen entspricht, obwohl es an dauerndem Drängen der SPD nicht gefehlt hat. Die Einsicht bei der Regierung kam ziemlich spät, und es war Bundeskanzler Erhard, der Anfang dieses Jahres vor dem Bundestag das Wort seines Vorgängers aufgriff, die Bundesrepublik wäre bereit, viele Opfer auf sich zu nehmen, sofern daraus den Menschen in der Zone Erleichterungen erwachsen. Darüber gilt es am 21. April zu diskutieren und gemeinsam nach Wegen zu suchen, die aus der Erstarrung herausführen. Alles andere trifft nicht den Kern der Dinge, wäre ein Ausweichen.

Finanznot der Gemeinden - FinanzreformBeitrag zur wirtschaftlichen Stabilisierung

Von Oberbürgermeister Professor Dr. Brundert, Frankfurt

Ausgehend von der finanziellen Situation in den Großstädten ist die These von der Finanznot der Gemeinden schlechthin seit langem Gegenstand öffentlicher Diskussionen. Seit dem Sommer 1965 haben die Erörterungen darüber an Intensität zugenommen. Der Grund für die veränderte Situation liegt in der Tatsache, daß im Juli 1965 unverkennbare Schwierigkeiten auf dem deutschen Kapitalmarkt deutlich wurden und bis in die höchsten Bundesorgane hinein alarmierend gewirkt haben. Die sogenannten "Gespräche am runden Tisch" waren die erste Abwehrreaktion der Bundesregierung.

Anfänglich wurde der Versuch unternommen, die nicht mehr bestreitbaren Kapitalmarktschwierigkeiten mit der angeblich ungehemmten Investitionspolitik der öffentlichen Hand vor allem der Großstadtgemeinden zu erklären. Dieser sachlich unbegründete Vorwurf konnte insbesondere von den kommunalen Spitzenverbänden sehr bald widerlegt werden. Eine sicher positive Folge dieser ersten Auseinandersetzung ist es jedoch gewesen, daß im Bundestagswahlkampf 1965 die finanzpolitischen Probleme einen wesentlich größeren Raum einnahmen als früher. Die Finanzreform mit einem gemeindegerechteren Finanzgesetz wurde eine gerade von unserer Partei mit Nachdruck erhobene Forderung an den Bundestag und an die Bundesregierung.

Unabhängig von der Schuldfraße bezüglich der Kapitalmarktschwierigkeiten bleibt die Tatsache bestehen, daß die Verschuldung der Gemeinden in den letzten Jahren in kaum noch vertretbarer Weise zugenommen hat. Die gelegentlich laut gewordene Kritik, daß in jüngster Vergangenheit viele Gemeinden zu hohe Aufwendungen für Rathäuser, Theater und andere repräsentative Gebäude gemacht hätten, mag im Einzelfall begründet sein, sie ist für das Gesamtproblem aber ohne Bedeutung. Solche Aufwendungen spielen im Rahmen des Gesamtvolumens der Gemeindehaushalte nur eine untergeordnete Rolle und betragen - bezogen auf den Bundesdurchschnitt - etwa vier bis fünf Prozent der Gesamtaufwendungen.

Die Schwergewichte der Investitionen liegen auf den Gebieten der Verkehrsleistungen, des Wohnungsbaues, der Versorgungsbetriebe und anderer lebensnotwendiger Einrichtungen im kommunalen Bereich. Ohne auf weitere Einzelheiten einzugehen, muß bei jeder finanzpolitischen Analyse in bezug auf die Gemeinden von dem Faktum der vorhandenen und nicht bestreitbaren Verschuldung der Gemeinden ausgegangen werden. Das verdeutlichen einige Zahlen. Nach dem Stand vom 31. Dezember 1965 liegen beispielsweise unter den Städten mit einer Einwohnerzahl von mehr als 250 000 folgende Städte an der Spitze der Verschuldung:

	Gesamtverschuldung in 1 000 DM	Verschuldung je Einwohner in DM
Frankfurt	1 532 141	2 218
München	1 451 729	1 199
Düsseldorf	865 166	1 236
Köln	670 141	784
Hannover	530 158	948

Wichtiger als dieser Hinweis ist die Untersuchung der in den festgestellten Fakten eingeschlossenen weiteren Fragen, nämlich wodurch die Verschuldung entstanden ist und durch welche Mittel sie behoben werden kann.

Niemand wird bestreiten wollen, daß die Träger der öffentlichen Gewalt nach 1945 außergewöhnliche Aufgaben wahrzunehmen hatten. Das trifft grundsätzlich in gleicher Weise für Bund, Länder und Gemeinden zu. Im Dreiklang dieser Repräsentanten der öffentlichen Hand ist jedoch - gleichsam als eine Disharmonie - festzustellen, daß Bund und Länder in der Vergangenheit ihre Aufgaben im wesentlichen aus den Steuereinnahmen finanzierten, während die Gemeinden stärker als Bund und Länder frühzeitig auf den Kapitalmarkt verwiesen wurden.

So kommt es, daß die Gemeinden - wie die statistischen Unterlagen der Deutschen Bundesbank ausweisen - an der gesamten Kreditmarktverschuldung der öffentlichen Hand mit fast 60 Prozent beteiligt sind, während die restlichen 40 Prozent auf Bund, Bundessondervermögen und Länder entfallen. Das ist ein offensichtliches Mißverhältnis; es lenkt zwangsläufig auf die Tatsache hin, daß kein sachgerechter Finanzausgleich zwischen Bund, Ländern und Gemeinden besteht.

Die Lasten des Wiederaufbaus

Die Verschuldung der deutschen Gemeinden ist also nicht das Problem einzelner weniger Gemeinden, sondern ist ein Spezifikum der Gemeinden schlechthin im Rahmen der Aufteilung öffentlicher Finanzmittel in der Bundesrepublik. Schon aus dieser summarischen Feststellung ist leicht die Behauptung abzuleiten, daß die Ursachen für diese Verschuldung nicht etwa in der schlechten Verwaltung einzelner oder aller Gemeinden liegen kann. Das wirkliche Problem liegt tiefer - und auf ganz anderem Gebiet. Nach 1945 war nicht nur das Reich als Inbegriff staatlicher Einheit aufgelöst, sondern, was viel entscheidender ist, die deutschen Gemeinden als Mittelpunkt der Wohn- und Lebensinteressen unserer Bürger waren zertrümmert, zerstört und mußten daher wiederaufgebaut werden.

Entscheidend ist dabei die Feststellung, daß die umfangreichen Wiederaufbauarbeiten auf allen Gebieten weitgehend von den Kommunen getragen werden mußten. Gleichzeitig fielen diese notwendigen Wiederaufbauarbeiten - ob wir an Wohnungs- und Straßenbau denken, an den Bau von Schulen, Krankenhäusern oder Bildungsinstituten - zusammen mit der Notwendigkeit, diesen Wiederaufbau den Bedingungen einer schnell sich entwickelnden Industriegesellschaft anzupassen. Das heißt, der Wiederaufbau mündete ein in die Dynamik unseres großzügigen Wiederaufbaues der deutschen Wirtschaft. Daraus ergaben sich weitgehende Verpflichtungen für den Wohnungs- und Straßenbau, insbesondere aber auch für den Bau von Kraftwerken, um die Energie- und Wasserversorgung sicherzustellen.

Steueranteil der Gemeinden gesunken

Jeder Gerechtdenkende wird zugeben müssen, daß das Volumen der Sachaufgaben in den Gemeinden nach 1945 teilweise überdimensionale Formen angenommen hat, während andererseits die Gemeinden am Steueraufkommen in den letzten 20 Jahren nicht mehr in gleicher Weise beteiligt waren wie vor dem Krieg. Vor dem Krieg betrug der Anteil der Gemeinden am gesamten Steueraufkommen im Reich rund 30 Prozent. Heute beläuft sich der Anteil der Gemeinden am gesamten Steueraufkommen im Bundesgebiet nur noch auf 12 Prozent, während die restlichen 88 Prozent dem Bund und den Ländern zufallen.

- * Diese nüchternen Zahlen drängen notwendig folgende Alternative auf:
- * Entweder werden künftig die Gemeinden von Sachaufgaben befreit, dann
- * könnte ihr Finanzvolumen ausreichen, oder aber sie behalten die Zuständigkeit für die ihnen jetzt obliegenden Sachaufgaben, dann aber
- * muß mit aller Deutlichkeit eine größere Beteiligung der Gemeinden an
- * der Verteilung des Steueraufkommens vorgenommen werden. Vom Stand-
- * punkt der kommunalen Selbstverwaltung kann nur das zweite Ziel als
- * eine erstrebenswerte Lösung anerkannt werden.

Das Troeger-Gutachten

Zum Studium der mit einer Finanzreform zusammenhängenden Probleme hat die Bundesregierung eine Kommission unter dem Vorsitz des Vizepräsidenten der Deutschen Bundesbank und früheren hessischen Finanzministers Dr. Troeger eingesetzt. Das Gutachten der sogenannten Troeger-Kommission ist kürzlich der Öffentlichkeit vorgelegt worden. Die zuständigen Gremien der öffentlichen Hand, aber auch verantwortliche Organe der Parteien haben die Thesen des Gutachtens aufgegriffen und werden voraussichtlich in Kürze ihre Stellungnahmen bekanntgeben. Bedeutsam ist in diesem Zusammenhang auch ein Beschluß des Deutschen Städtetages, der vorsieht, das Ergebnis des Gutachtens einer kritischen Analyse zu unterziehen und diese Analyse sobald als möglich vorzulegen. Darüber hinaus wird die Tatsache interessieren, daß am 24. und 25. Mai 1966 das Erdium und der Hauptausschuß des Deutschen Städtetages in Frankfurt am Main eine Tagung durchführen werden, die sich fast ausschließlich mit dem Finanzproblem der Gemeinden und gleichzeitig mit dem Ergebnis des Gutachtens der Troeger-Kommission beschäftigen wird. Das Gutachten der Troeger-Kommission selbst umfaßt im Grunde drei Fragenkomplexe:

- * a) Die Neuordnung des Finanzausgleichs zwischen Bund und Ländern;
- * b) Maßnahmen zur Behebung der Finanznot der Gemeinden;
- * c) Vorschläge zur Konjunkturpolitik.

Bei der Bedeutung, die dem gesamten Sachkomplex der Finanzreform und insbesondere dem Gutachten der Troeger-Kommission zukommt, ist unsere Partei - nicht zuletzt im Hinblick auf ihre starke Position in den Gemeinden - zu einer besonders eingehenden Analyse und Stellungnahme verpflichtet. Aus diesem Grunde wurde inzwischen ein Sonderausschuß eingesetzt, der unter dem Vorsitz des hessischen Ministerpräsidenten arbeitet und dem neben Vertretern der Bundestagsfraktion und der Länder von seiten der Großstädte die Oberbürgermeister von München und Frankfurt am Main angehören. Die ersten Arbeitsergebnisse werden sicher in wenigen Wochen vorliegen und Grundlagen zu positiven Vorschlägen für eine Finanzreform enthalten.

Die Arbeit dieses Ausschusses wird u.a. von der Erkenntnis bestimmt sein, daß die Normalisierung der finanzwirtschaftlichen Situation der Gemeinden ein wesentlicher Beitrag zur Stabilisierung der wirtschaftlichen Verhältnisse in der Bundesrepublik darstellt und deshalb kein ausschließliches, vordergründiges Interesse der Gemeinden beinhaltet, sondern in gleicher Weise auch im wohlverstandenen Interesse des Bundes und der Länder liegt.

Der Diener seines Herrn

Die Junge Union und der Kanzler

H.S.-Der Bundesvorsitzende der Jungen Union, Dr. Egon Klepsch, hat sich gemäßigt gesehen, zur Beantwortung des offenen Briefes der SED durch die SPD seine Meinung zu äußern. Er vertritt die Ansicht, daß es sich dabei um einen Affront der Sozialdemokraten gegen den Bundeskanzler handele. Außerdem, so meint Dr. Klepsch, sei es eine wahl-taktische Maßnahme im Hinblick auf die Landtagswahlen in Nordrhein-Westfalen, bei denen die SPD die Stimmen der Kommunisten erheische.

Herr Klepsch erwies sich erneut als ein Diener seines Herrn, des derzeitigen Bundeskanzlers, dem er seit langem treu ergeben ist. Seine vor der letzten Bundestagswahl von der Koblenzer Schule für Innere Führung erfolgte Abstellung zur Wahlkampftruppe Ludwig Erhards in das Bundeskanzleramt und die zahlreichen Erklärungen des JU-Vorsitzenden gegen den früheren Kanzler Adenauer sind nur einige Beweise der Anhänglichkeit.

Jetzt hat der Kanzler kaum seine Abneigung gegen die SPD-Ansicht zur Deutschlandpolitik geäußert, schon echot der Chef der Jungen Union. Übereifrig wie er ist, nimmt er die NRW-Wahlen zum Anlaß, um in das alte Horn zu stoßen und auf die Gefahr hinzuweisen, daß alte KP-Wähler von der SPD eingefangen werden sollten. Klepsch, der selbst im anderen Teile Deutschlands lebte, sollte eigentlich wissen, wie es sich seit der nunmehr zwanzigjährigen Zwangsvereinigung zwischen Kommunisten und Sozialdemokraten verhält. Es hat sich aber in Deutschland längst herumgesprochen: Immer wenn Christdemokraten mit ihrer Politik nicht weiterkommen, zitieren sie das Gespenst des Kommunismus.

Der amoklaufende Dr. Klepsch wollte seinem Herrn wieder mal gefallen. Schließlich kann aber auch seine Anhängerschaft in der Jungen Union nicht übersehen, daß das Fehlen einer klaren Konzeption in der Deutschlandpolitik bei der CDU und die Offensive der SPD den Kanzler bedrücken. An die Stelle eigener Ideen setzte Herr Klepsch im Namen seiner Organisation Verurteilungen und Verdächtigungen. Es wäre besser, wenn er und seine Freunde künftig erst lesen und dann agieren würden. Den Text der offenen Antwort der SPD an die SED kann er nicht gelesen haben. Oder ersetzt die Ergebenheit zum Kanzler sogar das Lesen von Dokumenten.

Das Haus von der Stange

Fortigbau gewinnt an Boden

Das Haus von der Stange ist keine Utopie mehr. Fertigteilbau und Fertigbau gewinnen immer mehr an Boden. War noch vor Monaten in Deutschland ein gewisses Vorurteil gegen das "Haus aus der Fabrik" zu spüren, so hat sich jetzt, mit zunehmender Perfektion der industriellen Baufertigung, der seit dem Fertigbautag in Dortmund deutlich zutage tretende Rückgang der Voreingenommenheit gegen das Fertighaus merklich abgezeichnet.

In Skandinavien, in Frankreich und sogar in der Schweiz bestehen keineswegs solche Ressentiments, wie sie bisher in der Bundesrepublik gegen das Haus von der Stange bestanden haben. Im Gegenteil: die Sanierung großer Vorort- und Innenstadtbereiche von Paris wäre ohne die Fließbänder der Bauindustrie in dem geplanten - und auch praktizierten - Tempo gar nicht möglich.

Die Bauaufgaben der Zukunft sind - das ist schon heute gewiß - ohne die industrielle Fertigung der Bauindustrie auch hierzulande keinesfalls zu lösen. Es ist eine romantische Vorstellung zu glauben, man könne weiterhin nur nach den handwerklichen Traditionen des Baugewerkes Stein auf Stein mauern. Diese Zeiten sind vorbei. Auch dann, wenn - selbstverständlich - dem Baugewerbe und vor allem dem Bauhandwerk noch weiterhin auf Jahrzehnte hinaus sehr bedeutende Aufgaben verbleiben, die lediglich in herkömmlicher Bauweise zu bewältigen sind. Es wäre völlig falsch zu glauben, der Fertigbau müsse die herkömmliche Bauweise zwangsläufig in eine Aschenputtelrolle verweisen. Die Zukunft wird zeigen, daß umgekehrt gerade Fertigbau und herkömmliche Bauweise einander sinnvoll ergänzen werden.

Nur: aufhalten läßt sich der Fertigbau nicht mehr. Mechanisierung, Rationalisierung und Automation haben - schon vor geraumer Zeit - ihren Einzug auf die Hoch- und Tiefbaustellen gehalten. Wer modern bauen muß - und wer müßte das nicht? - der kann ihre vielen Vorteile keineswegs überssehen, zumal sich aus dieser Entwicklung nicht nur wirtschaftliche oder technische sondern auch soziale Vorteile ableiten lassen.